

Tausende demonstrieren in Schleswig-Holstein für Vielfalt und Toleranz!

Am 11. Februar 2025 demonstrierten tausende Menschen in Schleswig-Holstein gegen Rechtsextremismus und für Demokratie.



Lübeck, Schleswig-Holstein, Deutschland -

Am 11. Februar 2025 versammelten sich rund 4.000 Menschen in Lübeck, Schleswig-Holstein, um gegen Rechtsextremismus zu demonstrieren. Die Veranstaltung, die unter dem Motto "Jetzt erst recht!" stand, wurde von einem breiten Bündnis organisiert, zu dem unter anderem die SPD, die Linke, die Grünen, verschiedene Vereine, Verbände, Kulturorganisationen sowie das Flüchtlingsforum gehörten. Die Demonstration auf dem Lübecker Marktplatz verlief friedlich.

In der Stadt Heide fanden mehrere Versammlungen als Reaktion

auf eine AfD-Kundgebung statt, an der etwa 100 Personen teilnahmen. Der Landesvorsitzende der AfD, Kurt Kleinschmidt, hielt dort eine Rede. Dem entgegen rief das Bündnis "Dithmarschen ist bunt" zur Gegenkundgebung auf, an der etwa 400 Menschen teilnahmen. Auch in Kiel protestierten die "Omas gegen Rechts" unter dem Motto "SOS Demokratie". In Bad Oldesloe bildeten Demonstrierende eine Menschenkette vom Bürgerhaus bis zur Hude, während in Kappeln rund 1.000 Menschen für Demokratie und Vielfalt eintraten. In Neumünster fanden ebenfalls Kundgebungen des Arbeitskreises "Demokratie ist, wenn…" und "Runder Tisch für Toleranz und Demokratie" statt.

Wachsende Protestbewegung

In Leck nahmen etwa 1.600 Personen an einer Demonstration gegen Rechtsextremismus teil. Nach dieser Veranstaltung hat die Polizei Ermittlungen eingeleitet, da ein Teilnehmer den AfD-Spitzenkandidaten bedroht und Wahlplakate beschädigt haben soll. In Kiel meldete die Polizei am Sonntag, dass dort 15.000 Menschen für Demokratie und gegen einen Rechtsruck auf die Straße gingen.

Die Demonstrationen gegen Rechts sind nicht nur lokal beschränkt. Laut **Spiegel** haben seit Jahresbeginn 2024 Hunderttausende Menschen bundesweit gegen die AfD und andere rechtsextreme Strömungen protestiert. Die Proteste begannen Mitte Januar 2024 nach einem Bericht über geheime Pläne von AfD-Mitgliedern, die unter anderem die Deportation bestimmter Staatsbürger beabsichtigten. Diese Protestbewegung wächst weiter, insbesondere vor den Neuwahlen 2025, wobei bis zur Bundestagswahl über 200 weitere Demonstrationen angekündigt sind.

Details	
Vorfall	Demonstration
Ursache	Rechtsextremismus
Ort	Lübeck, Schleswig-Holstein, Deutschland
Quellen	• www.ndr.de
	www.spiegel.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de